

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Er erscheint täglich außer Montag.

Dieselbe ist durch unsere Expedition, Weißgerbergass. 64, durch die Post und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6624.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

3. Jahrgang.

Breslau, Dienstag, 12. Januar 1892.

Nr. 9.

Die soziale Frage und ihre Lösung nach Emil de Laveleye.

In Brüssel starb dieser Tage der hervorragende Nationalökonom und Sozialpolitiker Baron Emil de Laveleye. Die liberale Presse widmet ihm warme Nachrufe. Die „Kölnische Zeitung“ meint, er sei gestorben „auf der Bresche, im Kampfe für die liberalen und die maßvollen staatserschaltenden demokratischen Anschauungen seines ganzen Lebens“ die „Moral“ habe ihn „darauf gebracht, für die Forderungen der Menschlichkeit einzutreten.“ Aber wie er das tat, darüber hüten sich die liberalen Organe etwas Genaueres mitzuteilen, weil's mit dem „Liberalismus“ nicht harmoniert und auf eine Reform des Besitztums im Sinne des Kollektivismus hinausläuft.

Laveleye war, so schreibt das „Samb. Echo“, einer der wenigen Sozialpolitiker, die, ohne sich zur Sozialdemokratie zu bekennen, doch wenigstens in ihren wissenschaftlichen Urteilen nicht vor der Wahrheit zurückschrecken. Laveleye hat in seinem großen Werke über das Ur Eigentum sehr beherzigenswerte Tatsachen ausgesprochen.

„Wir haben“, schreibt er, „die Kassen und Privilegien abgeschafft; wir haben überall das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetze verkündet; wir haben das allgemeine Stimmrecht eingeführt, aber gerade hier vernimmt man gegenwärtig die Gleichheit der Bedingungen. Wir glauben, nur die Schwierigkeiten der politischen Ordnung lösen zu müssen, und siehe, die soziale Frage erhebt sich mit ihren Dunkelheiten und ihren Abgründen. Es giebt keine Tyrannen mehr; Throne wurden umgestoßen und die Könige, insoweit sie blieben, durch Verfassungen gebunden. Aber an Stelle

der Zänkereien der Fürsten und der dynastischen Eifersucht haben wir gegenwärtig in ganz anderer Weise fürchtbare Kriegsurachen! die Feindschaft der Nationalitäten, welche ganze Völker bewaffnet, bis auf den letzten Mann gegeneinander aufbietet. Wenn nicht ein neuer Hauch sozialer Gerechtigkeit all' diesen Haß besänftigt, so ist Europa dem Kampfe der Klassen und der Rassen preisgegeben und in Gefahr, in das Chaos zu versinken.

„Wie soll man die Freiheit mit der Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung vereinigen und es erwirken, daß die Ungleichheit der Lebensbedingungen, welche man für notwendig erklärt, fortbesteht zugleich mit der politischen Gleichheit, welche man dekretiert? Das ist das Problem, welches unsere Gesellschaften zu lösen haben, wenn sie nicht untergehen wollen wie die antiken Gesellschaften.

„Entweder, ihr richtet eine gleichmäßigere Verteilung der Güter und Produkte ein, oder die Demokratie wird unvermeidlich in Despotismus und Verfall auslaufen, durch eine Reihe von sozialen Kämpfen hindurch, von denen die Pariser Schrecken von 1871 einen Vorgeschmack geben können.

„Ihr erklärt alle Menschen für gleichberechtigt und gewährt in der Tat Allen das Stimmrecht, wodurch es von den Massen abhängt, die Gesetzgeber zu ernennen und damit die Gesetze zu machen. Zu gleicher Zeit wiederholten ihnen die Nationalökonom, daß jedes Eigentum der Arbeit entstammt, und dabei sehen sie, daß unter der Herrschaft der bestehenden Einrichtungen diejenigen, welche arbeiten, kein Eigentum haben und kaum ihren Lebensunterhalt verdienen, während diejenigen, welche nicht arbeiten, in Ueberschuß leben und die Ehre besitzen. Die Ersteren bilden die große Mehrzahl; wie will man sie hindern, eines Tages ihr Uebergewicht zu benutzen, um eine Aenderung der Ge-

setze zu versuchen, welche die Verteilung des Reichtums bestimmen, um das Werk des Apostels in die Wirklichkeit zu übersehen: Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen.“

Laveleye schildert in eingehender Weise, wie der Kampf zwischen Arm und Reich die antiken Staaten, Rom und Griechenland, in's Verderben gestürzt habe. „In Rom hat, wie in Griechenland, die Ungerechtigkeit zuerst die Freiheit umgebracht und dann den Staat vernichtet.“ Und das werde auch das Los der modernen Staaten sein, wenn sie es nicht verstehen, die Klassen-gegenstände zu beseitigen, denn „die wirtschaftliche Gleichheit ist die einzige solide Grundlage der Staaten, besonders der Demokratien.“

Laveleye vergleicht den Sklaven und Proletarier des Altertums mit dem Arbeiter von heute. Letzterer ist erfüllt von einer höheren Gerechtigkeitsidee. „Die Alten, welche die natürliche Gleichheit aller Menschen nicht zugaben, erkannten nicht Allen dieselben Rechte zu. Der Sklave war ein Lasttier, nur ein Lasttier. Die soziale Schwierigkeit war so außerordentlich vereinfacht. Wir haben nicht denselben Ausweg. Für uns ist die Gleichheit der Menschen ein unumstößliches Dogma; wir gestehen allen Menschen gleiche Rechte zu. Das Christentum — d. h. das unverfälschte — ist eine Gleichheits-Religion. Das Evangelium ist die frohe Botschaft, welche den Armen gebracht wurde, und Christus ist nicht der Freund der Reichen. Seine Lehre führt auf die innerste Brüderlichkeit aller Menschen hinaus. Wenn das Christentum nach dem Geiste seines Stifters gelehrt und verstanden würde, so würde die gegenwärtige Gesellschaftsordnung nicht einen einzigen Tag bestehen.“

Nachdruck verboten.

Better Fritz.

Von Erdmann-Charrian. Uebersetzt von Ludwig Pfau.

(Fortsetzung.)

Ich will Euch was sagen! Wäre der König nicht so gut und voller Geduld, er hätte Euch längst Eure Baracken weggenommen und verkauft; und dann wollten wir schon sehen, ob Eure Kalenderheiligen Euch andere gebaut hätten.

Da Ihr ihn aber bewundert, diesen großen, heiligen Maclof, warum macht Ihr's nicht, wie er, laßt Weib im Stich, und lauft mit dem Sack auf dem Rücken in der Welt herum und lebt von Brotkrumen und Almosen? Das wäre doch natürlich, seinem Beispiel zu folgen! Da kämen Andere, würden Eure brachliegenden Felder bebauen, und sich bald in den Stand setzen, ihren Verpflichtungen gegen ihren Landesherrn nachzukommen.

Seht Euch einmal ein bißchen um, seht die Leute von Schneemat, von Hackmat, von Urmat und von andern Orten an, — die gehen dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist, nach dem göttlichen Worte unseres Herrn Jesus Christus. Nehmt Euch ein Beispiel an ihnen; das sind gute Christen; sie arbeiten, denken sich nicht jeden Tag neue Feste aus, um einen Vorwand zu haben, auf der Vahrenhaut zu liegen und ihr Geld zu verkneipen. Sie kaufen keine goldverbrämten Mäntel; sie kaufen lieber Schuhe für

Kinder, während Ihr barfuß herumlauft wie die reinen Wilden.

Fünzig Festtage jährlich, macht für tausend Personen fünfzigtausend verlorene Arbeitstage! Daß Ihr arm und elend seid, daß Ihr den König nicht bezahlen könnt, das habt Ihr Euren Kalenderheiligen zu danken.

Ich sage Euch das, weil es nichts Widerwärtigeres auf der Welt giebt, als alle Vierteljahr hierher zu kommen, um seine Pflicht zu tun und Bettler zu finden, die durch ihr eigenes Verschulden nichts zu beißen und nichts anzuziehen haben, und die Eimen noch obendrein wie den Antichrist ansehen, wenn man von ihnen das verlangt, was man in allen christlichen Ländern dem Landesherrn schuldet, selbst bei Wilden, wie bei den Türken und Chinesen. Die ganze Welt zahlt Steuern, um Ordnung und Freiheit und Schutz und Arbeit zu haben; Ihr allein gebt alles dem heiligen Maclof, und Gott sei Dank, Jeder, der Euch ansieht, wird auf den ersten Blick merken, wie er's Euch lobt.

Das Eine aber sage ich Euch: Wer heute über acht Tage nicht gezahlt hat, dem wird Exekution in's Haus geschickt. Die Geduld Sr. Majestät ist lang, aber sie hat ihre Grenzen.

Ich habe gesprochen! — Jetzt packt Euch, und vergeßt nicht, was der alte Hahn Euch eben gesagt hat: Die Exekution wird nicht auf sich warten lassen.

Darauf zog die ganze Schar ab ohne ein Wort.

Unser Fritz war ganz erstaunt über die Bereitwilligkeit seines Kameraden; sowie die letzten Steuerpflichtigen auf der Treppe waren, sagte er zu ihm:

„Hör' mal, Hahn, Du hast ja gesprochen, wie ein wahrer Cicero, aber, unter uns gesagt, Du bist doch zu hart gegen diese armen Leute.“

„Zu hart!“ rief der Einnehmer aus und richtete seinen dicken verstickten Kopf auf.

„Ja, Du verstehst Dich nicht auf's Gefühl... auf's Gefühlleben...“

„Auf's Gefühlleben?“ versetzte Hahn. „Aber liebst! Sag' einmal, willst Du mich zum Besten haben, Fritz... Ha! ha! ha! mir kommst Du nicht wie dem alten Kriebel Sichel... mir machst Du nichts weiß mit Deiner ernsten Miene... ich kenne Dich!...“

„Und ich sage Dir“, rief Kobus, „daß es Unrecht ist, diesen Bauern ihren Glauben vorzuwerfen und ihnen gar ein Verbrechen daraus zu machen. Der Mensch ist nicht bloß dazu da, um Schätze aufzuhäufen und sich den Bauch vollzustopfen. Vielleicht sind diese armen Leute mit ihrem aufrichtigen Glauben und ihren Kartoffeln glücklicher als Du mit Deinen Dummheiten, Deiner Weitsicht und Deinem guten Wein.“

„He! he! he! Du Hanswurst!“ sagte Hahn und legte ihm dabei die Hand auf die Schulter, „von wem sprichst Du denn eigentlich? Es will mir scheinen, daß bis jetzt keiner vor uns Beiden von Heiligenbildern und Kartoffeln gelebt hat, und ich hoffe, das wird auch nicht sobald unser Los sein. Aha! Auf diese Weise

„Heute ist an Stelle des Sklaven der Bürger, der freie Arbeiter getreten, er wird als Gleicher neben dem Reichsten anerkannt; er hat das Wahlrecht; er tritt in das Parlament ein; er beansprucht jetzt oder in Zukunft das Eigentum: wie will man ihm Widerstand entgegensetzen mit einer Philosophie und einer Religion, welche seine Forderungen begünstigen?“

„Früher oder später, wenn die wirtschaftliche Lage fast überall dieselbe ist, wird überall die Klassenfeindschaft die Freiheit in Gefahr bringen und je konzentrierter das Eigentum, je schärfer der Gegensatz zwischen Reichen und Armen ausgebildet sein wird, um so mehr wird die Gesellschaft von tiefen Umwälzungen bedroht sein. Dann wird entweder die Gleichheit zur Wahrheit werden oder die freien Einrichtungen werden verschwinden.“

„Die modernen Gesellschaften werden dem Schicksale der alten nur entgehen, wenn sie Gesetze annehmen, welche eine allgemeinere, gerechtere Verteilung des Eigentums bewirken und die Gleichheit der Lebensbedingungen herstellen. Jener oberste Grundsatz der Gerechtigkeit: „Jeder nach seinen Werken“ muß zur Wahrheit gemacht werden und zwar in der Weise, daß das Eigentum wirklich das Resultat der Arbeit ist und daß das Wohlbefinden eines Jeden im richtigen Verhältnis zu seiner Mitwirkung bei dem Werke der Produktion steht.“

Das sind die großen sozialpolitischen Gesichtspunkte Lavolleys. Diese zur Ehre des Verstorbenen gebührend zu würdigen, ist allerdings nicht Sache der sogenannten Ordnungspresse.“

Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

In der Verhandlung politischer Verbrecher findet die politische Bildung einer Nation ihren zuverlässigsten Gradmesser, bemerkt die „Vossische Zeitung“ in ihrem heutigen Leitartikel „Zur Vollstreckung der Freiheitsstrafen“, indem sie nochmals die Behandlung des freisinnigen Redakteurs Boshardt in der Thüringer Straf-Anstalt Jöhrenhausen beleuchtet. Wir haben kürzlich erst die „Vossische“ daran erinnert, daß ihm nichts anderes passiert, als was hundert Sozialdemokraten seit mehr als zwanzig Jahren passiert, und woran die ganze bürgerliche Presse kaum Anstoß genommen hat. Die Forderung der „Vossischen“: Für anständige Leute ein anständiges Gefängnis! ist heute eine sehr bedenkliche, wo der „anständige“ Mann eigentlich erst mit dem Referendariat anfängt und mit demokratischer Gesinnung aufhört. Oder sollte man das anständige Gefängnis auch dem sozialdemokratischen Arbeiter zu Teil werden lassen, so daß er im Gefängnis nichts zu erbeuten hätte, und für die heute in maßgebenden Kreisen so gering geschätzte „Freiheit“ wenigstens durch die Waise, an seiner eigenen Fortbildung zu arbeiten, einigermaßen entschädigt würde?

Eine anständige Behandlung politischer Verbrecher steht kaum zu erwarten in einer Zeit und in einer Nation, in welcher Dinge zu Verbrechen gehampelt

werden, die anderwärts kaum verfolgt werden. Wie viele Leute werden in Deutschland bestraft, weil sie bei einem Hoch auf den Kaiser sitzen geblieben sind! Wie viele Tausende Strafanträge wegen Beleidigung hat Bismarck allein gestellt? Wie subtil ist die Auslegung der Staatsanwälte und Richter in der Konstruktion von politischen Vergehen geworden? Wo jede freie Kritik öffentlicher Personen oder Einrichtungen erst einer haarscharfen Prüfung unterworfen werden muß, um nicht in die Maschen eines Strafgesetzes zu fallen, wo die Verfolgungssucht eine so umfassende geworden ist, wie im Deutschen Reich, da kann man auch nicht erwarten, daß die von der Verfolgung Betroffenen besonders anständig behandelt werden.

Uebrigens steht auch die Behandlung der politischen Verbrecher im engen Zusammenhange mit dem, was wir weiter oben über das heutige Gefängniswesen gesagt haben. Auf dasselbe hat nicht nur die politische Reaktion, sondern auch die zelotischste Orthodoxie den größten Einfluß, und Besserung heißt bei ihr gerade die Herabwürdigung des Menschen.

Ueber Majestätsbeleidigungsprozesse schreibt die Berliner „Vossische“ in einem Leitartikel unter anderem:

„Wie oft haben Klatsch- und Verleumdungssucht den Majestätsbeleidigungs-Paragrafen benützt, um aus ihm einen Strick für den Gegner zu drehen! Vor einigen Jahren ist ein Mann unter der Anklage der Majestätsbeleidigung gefesselt durch die Straßen seiner Vaterstadt geführt worden und, trotzdem sich seine völlige Unschuld herausstellte, nahm sich der Freigelassene das Leben, weil er die ihm zugefügte Ehrenkränkung nicht zu verwenden vermochte. Bis oft sind nicht Personen wegen Majestätsbeleidigung zu mehrmonatlicher Gefängnisstrafe auf die eibliche Aussage von Personen hin verurteilt worden, von denen man wußte, daß sie erbitterte Feinde des Angeklagten seien. Wurde doch ein Mann von so strenger Ehrenhaftigkeit und so unerschrockenem Wahrheitsmut wie der Abgeordnete Richter-Mühlkräutlich wegen Majestätsbeleidigung zu mehrmonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt, weil sich, als Gustav Richter im Wahlkampf mit einem aristokratischen Landrat stand, ein Pastor nach Jahren erinnerte, Richter habe bei einem Besuche seines Hauses ein beleidigendes Wort gegen Kaiser Wilhelm fallen lassen. Jahrelang hatte der Pastor dieses Geheimnis bewahrt, erst als Richter dem konservativen Kandidaten gefährlich wurde, regte sich sein Gewissen und er denunzierte seinen damaligen Gastfreund. Und dieser selbe Pastor stellte, als der Verurteilte durch die Erwerbung der v. Uchtritz'schen Domäne sein Patron geworden, die Feindseligkeiten ein und bat die Familie seines Gegners um Vermittelung, weil sein friedfertiges Gemüt Verjöhnung suchte.“

Der Patron einer Domäne hat auf die Einkünfte des zu derselben gehörenden Gutsbesitzer großen Einfluß!

Dem Reichstag ist die Übersicht der Ausnahmetarife deutscher Eisenbahnverwaltungen zugegangen, welche dazu bestimmt sind, die Ausfuhr deutscher Kohlen und den Wombeserf inländischer Kohlen mit ausländischen zu begünstigen. Diese Begünstigung trifft weniger die inländischen Kohlen als die Proffsucht,

welcher die deutschen Kohlenbarone auf Kosten des gesamten deutschen Volkes huldigen.

Die Regierungs-Vorarbeiten betreffs der Sonntagsruhe, so wird gemeldet, sind so umfangreich, daß immer noch keine Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften gelangen kann. Die alte Geschichte!

Der Fiskus spart an allen Ecken und Enden! Die „Vollswacht“ veröffentlichte dieser Tage erst eine vertrauliche Verfügung eines Breslauer Eisenbahn-Betriebsamtes über Betriebsbeschränkungen bei der Staats-Eisenbahn-Verwaltung, welche eine Einschränkung der Ausgaben bei den Handwerker-Rechnungen, eine Herabsetzung der Lohnsätze, sowie Verminderung der Arbeiterzahl verlangte. Das Sparfameitsystem scheint auch in anderen fiskalischen Betrieben zur Geltung gebracht zu werden. Es wird wenigstens mitgeteilt, daß an den Anschlagstafeln der königlichen Artilleriewerkstatt in Spandau in den letzten Tagen ein Plakat mit folgendem Inhalt angeheftet worden ist:

Direktionsbefehl.

Laut kriegsministerieller Verfügung vom 22/12.91. fällt der Fahrgeld-Zuschuß für die außerhalb Spandaus wohnenden Arbeiter mit dem 2. Januar 92 fort.

Becker, Direktor.

Die in Berlin wohnenden Arbeiter hatten bisher pro Woche 1 Mark Zulage erhalten für die durch die Fahrt verursachten Auslagen. Diese Zulage fällt also jetzt laut kriegsministerieller Verfügung fort. Es bleibt den in Berlin wohnenden Arbeitern somit nur übrig, das Fahrgeld aus der eigenen Tasche zu zahlen, oder in Spandau selbst Wohnung zu nehmen. Die Lohnverhältnisse in der Artilleriewerkstatt sind nicht derart günstige, daß der Arbeiter den Fortfall einer Mark pro Woche so ohne Weiteres verschmerzen könnte. Ist der Arbeiter verheiratet, so bedeutet das für ihn sogar einen empfindlichen Ausfall. Von der Idee, die Wohnung in Berlin aufzugeben und in Spandau zu mieten, kommt Jeder sofort zurück, der die Wohnungsverhältnisse in unserer Nachbarstadt kennt. Da käme man ja vom Regen in die Traufe! Es bleibt da also nichts weiter übrig, als die Mark in aller Ergebenheit fahren zu lassen. Die marktweise Knauserie des Fiskus scheint uns aber schlecht zu passen zu der ewig und immer betonten „Fürsorge“, welche der Staat den Arbeitern im Allgemeinen und seinen Arbeitern im Besonderen zuwenden will.

Zum Notstand wird der „Berl. Vossische“ aus Ostpreußen geschrieben: Die Lebensmittel- und Getreidepreise sind noch immer recht hohe, Roggen kostet ein Scheffel bis über 8 Mk., Weizen 9 Mk., ein Zentner Weizenmehl kostete vor dem Feste an verschiedenen Stellen bis 25 Mk. Das waren traurige Weihnachten für so viele Familien, bei denen das „Was werden wir essen, was werden wir trinken und womit uns kleiden?“ auch in weniger ungünstigen Zeiten schon eine Rolle spielt. Handel und Verkehr noden, Arbeitsgelegenheit ist vielfach gar nicht vorhanden. Statt des in Pracht erglänzenden Weihnachtsbaumes war in so mancher Hütte kaum eine Brodfrucht vorhanden. Der Mann ist für den Winter mit sehr knappem, die Frau ohne Verdienst; das Betteln

willst Du dich über Deinen alten Hahn lustig machen. Das sind ja ganz neue Ideen und Theorien!“

Unter solchen Gesprächen schiedten sie sich zum Gehen an, als sich ein leises Geräusch an der Tür hören ließ. Sie drehten sich um und sahen ein junges Mädchen von sechzehn bis siebzehn Jahren mit wedergeblichenen Augen an die Wand gelehnt stehen. Sie war bleich und schwächlich; ihr grauelneres Kleid in dem große Stücke eingeseht waren, verriet einen schwächlichen Körper; schöne blonde Haare bedeckten ihre Schläfe; ihre Füße waren unbescheiden; unwillkürlich erregte eine erstarnte Ähnlichkeit in Robus ein Gefühl von mitleidiger Rührung, das er nie zuvor empfunden hatte; es war ihm, als sehe er die kleine Siesel vor sich, aber abgezehrt, krank zitternd, durch großes Elend erschöpft. Sein Herz wurde weich, seine Wangen durchrieselte ein leiser Schauer.

Hahn dagegen schaute auf das junge Mädchen mit einem Ausdruck übler Laune.

„Was willst Du?“ sagte er barsch, „die Register sind geschlossen, die Zeit der Annahme vorüber; Ihr müßt nun Alle eure Sache in Hüneburg abmachen.“

„Herr Einnehmer“, antwortete das arme Kind nach kurzem Schweigen, „ich komme für meine Großmutter Anna Swig. Seit fünf Monaten muß sie das Bett hüten. Wir haben viel Unglück gehabt; mein Vater ist am Rohlpfah letzten Winter unter seinen Schritten gekommen . . . er ist gestorben . . . die Seelenmessen haben uns viel Geld gekostet.“

Hahn, der anfangs etwas weicher zu werden, sah Fris mit unwilligem Blick an. „Da hörst Du“, schien er zu sagen, „immer wieder den heiligen Maclos.“

Hierauf antwortete er laut:

„Das sind freilich Unfälle, die einem jeden zustoßen können! es tut mir sehr leid, aber wenn ich zur Hauptkassse komme, fragt man nichts nach dem Glück oder Unglück der Leute, man fragt nur, wie viel Geld ich bringe; und wenn es nicht genug ist, so muß ich das Fehlende aus meiner Tasche erziehen. Deine Großmutter schuldet acht Gulden; ich habe letztes Jahr für sie bezahlt, das kann nicht immer so fortgehen.“

Die arme Kleine war ganz traurig geworden, man sah ihr an, daß ihr das Weinen nahe war.

„Du bist also gekommen“, fuhr Hahn fort, „mir zu sagen, daß nichts vorhanden ist, nicht wahr? daß Deine Mutter keinen Kreuzer hat? Wenn Du mir nichts Anderes zu sagen hast, hättest Du eben so gut zu Hause bleiben können, das wußte ich schon.“

Da streckte sie, ohne die Augen zu erheben, langsam ihre Hand aus und öffnete sie; ein Gulden war darin.

„Wir haben unsere Fiege verkauft, um etwas bezahlen zu können“, jagte sie mit gebrochener Stimme.

Robus wendete den Kopf nach dem Fenster; sein Herz erbehte in ihm.

„Auf Abrechnung“, sagte Hahn, „immer nur auf Abrechnung! Wenn es wenigstens noch der Mühe wert gewesen wäre.“

Nichtsdestoweniger öffnete er sein Register und sprach:

„Meinetwegen, komm' her!“

Die Kleine trat näher; aber Fris neigte sich über die Schulter des Einnehmers, der eben schreiben wollte, und sagte ganz leise:

„Hah! laß das!“

„Was?“ verfezte Hahn und blickte ihn verblüfft an.

„Streiche Alles aus!“ (Fortsetzung folgt.)

Jugendliche.

Von Ludwig Pfau.)

(Schluß.)

Als ich sieben Jahre später wieder nach Zürich kam, erkundigte ich mich nach meiner alten Freundin und fandte ihr eine diskrete Botin, denn sie hatte sich inzwischen verheiratet. Sie schickte mir freundliche Grüße mit dem Bedauern, der Familienverhältnisse wegen mich nicht empfangen und sprechen zu können, wie sie so gern gewollt hätte. Seit dieser Zeit waren wieder etliche dreißig Jahre vergangen; der ältere Mann mußte längst gestorben sein, aber Lisi konnte noch leben. Ich begab mich auf die Suche und hatte bald die Wohnung der Witwe aufgefunden. Nicht ohne eine gewisse schmerzliche Erregung stand ich zaudernd vor der dunklen Treppe des übrigens stillen Hauses.

Arbeiterbewegung.

Zur Neunstundenbewegung der Buchdrucker.

Böhm. In zehn Tagen haben die hiesigen Bergleute an die streikenden Buchdrucker 250 Mark und nach Pas de Calais 50 Mark abgeliefert.

Die Kommission der Tabak-Arbeiter Berlins hat den streikenden Buchdruckern als dritte Unterstützungsrate 100 Mark überwiesen.

Eine neue Lügenachricht ist, wie der Redakteur des „Trade Unionist“, Herr Nash, hierher telegraphierte, in die Londoner Zeitung „Daily Chronicle“ von Seiten deutscher Buchdruckerelbesitzer lanciert worden, um die gefürchteten englischen Geldsummen hintanzuhalten. Die Nachricht fabelt, daß das Ende des Buchdruckerstreiks tatsächlich erfolgt sei. Der Schwindel hat natürlich den beabsichtigten Erfolg nicht haben können, da die englischen Gewerkschaften an derlei Manöver der Unternehmer seit Anno Tobak gewöhnt sind; außerdem ist seitens der Zeitung der deutschen Buchdrucker-Gehilfen sofort telegrafisch das gehörige Dementi erfolgt. Die englischen Gewerkschaften werden also fortfahren, respektable Summen nach Deutschland zu senden; außerdem hat, wie Herr Eugen Richter mit Zugrimm vernehmen wird, der Präsident Compers von der amerikanischen Labor-Föderation 8000 Mark als erste Unterstützungsrate telegrafisch nach Deutschland überwiesen.

Berlin. Die Schuhmacher, Holzschuhmacher, Stepper, Vorrichter und Stepperinnen haben beschlossen, zum Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten. Im Falle der Ablehnung des neu aufzustellenden Lohnartikels soll der Generalstreik proklamiert werden.

Köln. Die Belegschaft der rheinisch-nassauischen Bergwerksgesellschaft „Grube Holzappel“ nahm der „Köln. Ztg.“ zufolge die Ende Dezember eingestellte Arbeit wieder auf.

Die Stettiner Droschkenbesitzer wollen vom 20sten Januar ab streiken, weil an diesem Tage ein neuer, von der Polizeibehörde ausgearbeiteter und vom Regierungspräsidenten bestätigter Fahrertarif in Kraft tritt, durch den sie sich um jährlich ca. 30 000 Mark geschädigt glauben. Mehr als 70 Droschkenbesitzer faßten diesen Beschluß einstimmig. Denjenigen Droschkenbesitzern, welche mit Aerzten Fahrverträge abgeschlossen haben, ist gestattet, mit überlebten Nummern, als Privatfuhrwerke, noch acht Tage über den 20. Januar hinaus fahren zu lassen. Ob die bürgerliche Presse diesen Unternehmerstreik nicht auch als einen „von langer Hand her vorbereiteten sozialdemokratischen Versuch, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu stören“ bezeichnen wird? Herrn Eugen Richter ist's schon zuzutrauen.

Los des Arbeiters! Das Eisenbahn-Hauptreparaturwerk in Eberswalde hat, wie ein „Herold“-Telegramm berichtet, am 5. Januar etwa 40 Arbeitern zum 19. Januar gekündigt. Weitere Kündigungen sollen bei der nächsten Löhnung in Aussicht stehen.

Benignstens die Staatsverwaltungen sollten sich endlich und zwar generaliter zur Verkürzung der Arbeitszeit verstehen, um Entlassungen von

Personal, das man wol meist bei nächster Gelegenheit wieder braucht, zu verhüten.

In München haben acht Hafner, welche auf dem Bau des Roten Kreuz-Spitals beschäftigt waren, die Arbeit wegen Lohnreduktion niedergelegt.

Ein Briefträgerstreik ist das neueste, das uns aus Ravensburg gemeldet wird. Der Dienst dieser Leute soll in neuester Zeit ein so übermäßig anstrengender geworden sein, daß zwei Briefträger erklärten, nicht mehr weiter arbeiten zu können und eine Untersuchung der Zustände beim dortigen Postamt durch den Postinspektor verlangten. Die betreffenden Briefträger seien circa drei Tage nicht außer Dienst gekommen, sie bekamen über die Weihnachtsfeiertage keine (oder völlig ungenügende) Aushilfe, sondern mußten im Gegenteil noch den Dienst für zwei erkrankte Kollegen tun. Außerdem soll die Behandlung der Leute seitens des Postmeisters viel zu wünschen übrig lassen.

Sieben verheiratete Arbeiter der Firma S. B. S. in Lambrecht in der Pfalz erhielten am 28. Dezember für den Fall gekündigt, daß sie binnen 3 Tagen nicht den Beweis erbringen könnten, aus dem Textilarbeiterverband, dessen Mitglieder sie sind, ausgeschieden zu sein. So sieht die durch Reichsgesetz „gewährleistete“ Koalitionsfreiheit der deutschen Arbeiter in der Praxis aus!

In Sachen des Nürnberger Brauerstreiks wurde in einer dortigen Volksversammlung mitgeteilt, daß die Inhaber der vom Streik betroffenen Brauereien „nur“ eine 14stündige tägliche Arbeitszeit von ihren Gehilfen verlangten. Diese Forderung übersteigt das hohe Maß von Naivetät, das man bei Unternehmern hinsichtlich der Arbeiterwohlfahrt in der Regel voraussetzen darf, jedenfalls noch um ein gutes Stück. Offenlich werden die Brauereibesitzer durch die Betätigung des Solidaritätsgefühls seitens der deutschen Brauereigehilfen zu humaneren Anschauungen gezwungen. Es ist ein schweres Unrecht, von einem Menschen 14stündige aufreibende Arbeit zu verlangen, zumal bei den glänzenden Gewinnen, welche die Brauereien erzielen.

Gerichtliches.

Das Sitzenbleiben bei einem Hoch auf den Kaiser führte den Arbeiter Wilhelm Müller aus Hermsdorf (Kr. N.-Barnim) unter der Anklage der Majestätsbeleidigung vor die I. Strafkammer des Berliner Landgerichts II. In Hermsdorf fand im März v. J. eine antisemitische Versammlung statt, in welcher der Vorsitzende, ein Herr Dr. Ruz aus Berlin, ein Hoch auf den Kaiser ausbrachte, bei welchem der Angeklagte sitzen blieb. Demselben dürfte sicher jede beleidigende Absicht fern gelegen haben, denn er hatte sich bereits freiwillig zum Militär gemeldet, war auch angenommen worden und sollte zum Oktober eintreten. Als er aber nach der Versammlung vom Ortsvorsteher und vom Gemeindevorstandem gefragt wurde, warum er nicht aufgestanden sei, erwiderte er, daß er sich deshalb die Putzrempel nicht abreißen würde. Die gestern vernommenen zahlreichen Zeugen gingen nun in ihrer Auffassung weit aus einander, ob sich diese Aeußerung auf den Kaiser

bringt auch wenig ein, denn es kommen eben zu viele Bettler, wovon die kleinen und mittleren Bauern haben selbst wenig oder gar nichts übrig, während die Bettler von den Wohlhabenden auf die Wohlthätigkeitsvereine, zu denen sie schon genug besteuerten, hingewiesen werden. Dazu kommen noch Influenza und andere Krankheiten, die namentlich die ärmere Bevölkerung heimsuchen, so daß in einzelnen Familien fast sämtliche Personen niederliegen. Aber auch die sonst besser situierten Klassen, wie der kleine Gewerbestand, haben nicht wenig unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden. Tatsächlich ist das Weihnachtsgeschäft, sonst das Beste im Jahre, namentlich bei Kaufleuten und Handwerkern, welche die ärmeren und mittleren Stände zu ihrer Kundschaft zählen, noch nie so schlecht ausgefallen, wie in diesem Winter. Wo sonst die Tageseinnahme selten unter 100—200 Mt. betrug, erreichte sie mitunter kaum 4—5 Mt., so daß nicht einmal der Unterhalt des Geschäftspersonals gelöst wurde. Auch dieses weiß ein Lied von schlechten Zeiten zu singen, denn die Weihnachtsgeschenke fielen meistens so knapp wie nur möglich aus. Schlimmer sind aber noch die Geschäftsinhaber daran, welche, wenn sie nicht besonders gut situiert sind, auf die Dauer nicht in der Lage sein werden, ihren Verpflichtungen gerecht zu werden. Und da stehen wir doch eigentlich erst am Beginn des Winters, wo für viele erst jetzt die Arbeits- und Verdienstlosigkeit anfängt.

Aus der besten der Welten. Bei Rohr in Thüringen ist in der Christnacht ein Ausgange der fünfziger Jahre stehender Mann, ein sogenannter „armer Reisender“, durch Erfrierung ums Leben gekommen.

In Apolda hat der größtenteils sozialdemokratische Gemeinderat bei der Beratung des Etats für 1892 noch nach Herzenslust gestrichen, u. a. auch 300 Mark, die für patriotische Zwecke, wie Feier des 2. Septembers, Vervollständigung der Botivotafeln an der Kirche für verstorbene Mitglieder des Kriegervereins, eingestellt waren. Sehr vernünftig!

Wieder eine behördliche Anerkennung des herrschenden Notstandes! Die Polizeibehörde von Remscheid hat nach der „Westf. freien Presse“ das vom dortigen Volksverein geplant gewesene öffentliche Sylvestersfest u. A. mit dem Hinweis darauf verboten, daß jetzt Notstand sei und deshalb zu öffentlichen Vergnügungen so wenig wie möglich Erlaubnis erteilt werden solle. Daß durch das Verbot von Festen — gleiche Beobachtung dieses Verfahrens gegen Jedermann darf man bei der deutschen Polizei voraussetzen — der Geschäftsgang noch trübeliger werden muß, als er schon ist, kann indessen nicht verschwiegen werden, trotzdem die Anerkennung des Notstandes der Einsicht der Remscheider Polizei ein sehr günstiges Zeugnis ausstellt.

Die Stichwahl im Hildesheimer Wahlkreis ist zu Gunsten des nationalliberalen Kandidaten Sander ausgefallen, der etwa 2000 Stimmen mehr als sein Gegenkandidat Bauermeister (Zentrum) erhielt. Der Wahlkreis war bisher durch den Welfen Freiherrn von Hafe vertreten, durch dessen Tod die Neuwahl erforderlich geworden war.

„Ist es wolgetan für euch Beide“ — sagte eine Stimme zu mir — „nach so langen Jahren der Trennung das süße Bild der Jugend mit der herben Maske des Alters zu tauschen?“

„Ei! ei!“ — sagte eine andere Stimme — „wer versprach denn seiner alten Flamme:“

„Da seh' ich nicht die müden Wangen, Der Jahre Furchen seh' ich nicht?“

„Sachte“ — erwiderte die erste — „das ist schön und gut, wenn man zusammen in Liebe alt geworden; aber ein Intermezzo von vierzig Jahren, das wirkt wie ein Hohlspiegel, der die Runzeln vergrößert.“

„Du wirst dich doch nicht fürchten, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen?“ — flüsterte nun die zweite Stimme wieder — „Das wäre das erste Mal.“

Da machte ich der Zwiesprach ein Ende, sagte zum Verstand: „Wart' unten auf mich, zum Herzen: Komm' mit herauf, — und stieg die Treppe empor.“

Ein Dienstmädchen empfing mich und öffnete die Tür des Wohnzimmers. Ich trat ein. Gerade mir gegenüber, auf dem Sofa, hinter einem Tische mit weiblicher Arbeit, saß ein altes Mütterlein mit gefurchtem Antlitz, müden Augen und eingesunkenen Lippen. Ich las ihr mein eigenes Alter vom Gesicht ab, und es fröstelte mich. Doch hatte in diesen Augen nicht bloß das Alter gehaust, sondern wol auch Sorge und Krankheit. Die durch den fremden Besuch erregte Neugierde des Mädchens machte sich noch immer im Zimmer zu schaffen, und da ich in dessen Gegenwart keine Erinnerungsjene aufführen wollte, fragte ich die

Greisin, ob sie mich noch kenne. Ich dachte, der Klang der Stimme und der schwäbische Dialekt werde vielleicht ihre Erinnerung wachrufen. Sie schaute mich prüfend an und sagte: „Nein“. Ich gab ihr meine Karte. Sie konnte die Schrift nicht recht entziffern und nahm den Zwickel. Da ging plötzlich ein verklärter Schimmer über ihr Antlitz, ihre Augen leuchteten auf und sie gab mir die Hand. „Ach! wie freut es mich, — sagte sie — „daß Sie meiner noch gedenken. Auch ich habe oft an Sie gedacht und manche Nacht geweint, damals, als Sie von Zürich plötzlich fortmußten. Aber gegen das Schicksal ist nicht anzukämpfen, es ist stärker als wir: das hab' ich seit jener Zeit noch oft genug erfahren. Auch körperlich hat es mich getroffen, denn ich bin seit mehreren Jahren rückenleidend und kann nicht mehr gehen.“ Während sie sich nun in unsere Jugenderinnerungen vertiefte und in wehmütiger Erinnerung eine Vergangenheit heraufbeschwor, die wol seit vielen Jahren still und stumm in ihrer Seele geschlummert hatte, schien sie sich zu verjüngen, und durch die Hülle des Alters bligte oft, wie eine Ahnung, ein Schimmer der jugendlichen Züge.

Ich mußte mich nun in ihren Lehnstuhl am Fenster setzen, das einen Durchblick ins Freie gewährte, und gleichsam, als wolle sie mein Erscheinen durch eine höchste Leistung feiern, raffte sie trotz meiner Einsprache sich auf und schleppte sich, jede Beihilfe verschmähend, auf ihrem Krückenstock auf einen Lehnstuhl dem meinigen gegenüber. Sie erzählte mir nun ihre Erlebnisse, die keineswegs rosig waren, deren Einzelheiten aber nicht

hierher gehören. Sie hatte einen älteren, tüchtigen Mann aus guter Familie geheiratet, der jedoch nicht glücklich in seinen Unternehmungen war. „Ich habe viel durchgemacht — sagte sie — „aber ich habe meine Pflicht getan und ich bin ihm trefflich zur Seite gestanden.“ Auf meine Frage nach ihren ökonomischen Verhältnissen gab sie mir die beruhigende Antwort, daß für ihr Alter in einer Weise gesorgt sei, die ihren Bedürfnissen vollständig genüge.

Während wir so sprachen und sie mir wiederholt ihre Freude über meinen Besuch ausdrückte, wobei sie meinen Arm faßte, oder meine Hand ergriff, schaute die Limmat mit ihrem aufsteigenden Ufer durch's Fenster, ein sonniger Streifen Landschaft, der noch ebenso lieblich glänzte, wie vor 40 Jahren. Die ewig junge Natur schien die erblühte Gegenwart mit der einst blühenden Vergangenheit durch ihr Zauberband verknüpfen zu wollen.

Ich war froh, gekommen zu sein, da ihr mein Besuch eine unverhoffte Freude gemacht und gleichsam einen sonnigen Schimmer aus schöneren Tagen in ihr einsames Dasein geworfen hatte. Doch nun war es Zeit zum Scheiden. Lisi wollte mich durchs Haus begleiten; sie hing sich an meinen Arm und gestützt auf ihren Stock, ging sie mit mir bis an die Treppe. Noch einmal Ade aus Nimmerwiederssehen!

„O, Menschenherz! Dein Erbteil ist der alte Schmerz: Verweilen und Vergehen!“

oder auf die möglichen Folgen des Eigenbleibens bezogen habe. Der Gerichtshof schloß sich daher der Auffassung des Verteidigers Rechtsanwalts Mosse an, daß in dem Eigenbleiben bei einem Hoch wol ein Mangel an Ehrerbietung, aber noch keine Majestätsbeleidigung gefunden werden könne. Die mündliche Äußerung dagegen sei nicht genau festgestellt, weshalb sich eine Freisprechung rechtfertige. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt. — In Kalbe a. S. wurde wegen Eigenbleibens bei ähnlicher Veranlassung der Sozialdemokrat Gottfried Waig zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Verleger der Magdeburger „Volkstimme“ wurde vom dortigen Landgericht wegen einer angeblichen Verletzung des § 130 des R. St. G. B., begangen in einer Rede über die Märseier, zu neun Monaten verurteilt und dann einige Wochen später in Untersuchungshaft genommen. Jetzt hat das Reichsgericht das Urteil aufgehoben, weil der erste Richter fälschlicherweise die Regierung als eine Bevölkerungsklasse im Sinne des § 130 genommen hat. Das Reichsgericht führt aus, daß die Regierung oder die Regierenden nicht als Klasse betrachtet werden könnten, die anderen Klassen gegenüberzustellen sei. Der § 130 könne also in diesem Falle nicht angewendet werden. Eine sofortige Freisprechung sei jedoch nicht erfolgt, weil in den inkriminierten Worten möglicherweise eine in anderer Richtung strafbare Handlung zu erblicken sei.

Genosse Meyer muß also weiter brummen, obwohl das Reichsgericht festgestellt hat, daß er des zuerst angenommenen Vergehens sich nicht schuldig gemacht. Geht es nun den Magdeburger Richtern nicht, „in anderer Richtung“ eine strafbare Handlung aus der Rede heraus zu tüfteln, so kann Meyer zwar nicht bestraft werden, aber seine diversen Monate Gefängnisse hat er doch weg. Es lebe der Rechtsstaat!

Frankfurt. Ein Stück sozialen Glenda entrollte sich vor dem hiesigen Schöffengericht. Ein verheirateter Kellner war nicht im Stande, seiner Wirtin das Mietgeld zu zahlen. Die Wirtin machte vom Retentionsrecht Gebrauch und ließ den Eingang versiegeln. Da hand der Unglückliche obdachlos auf der Straße. In seiner Verzweiflung löste er die Siegel und wurde jetzt wegen dieses „Rechtsbruchs“ zur Rechenschaft gezogen. Ihm wurden mildernde Umstände zuerkannt und er zu 1 Tag Gefängnis verurteilt.

Redakteur S. Watermann von der „Norddeutschen Volkstimme“ hat am 5. Januar eine zweimonatliche Gefängnisstrafe angetreten.

Ausland.

Schweiz.

Ein demokratisches Arbeitsprogramm wird von den Demokraten des Kantons Zürich vorbereitet. Dasselbe soll für alle „sozialpolitisch freisinnigen Elemente in der Schweiz“ gelten. Es sind dafür zunächst folgende Punkte aufgestellt:

1. Eidgenössische Verwaltungsform und Wahl des Bundesrates durch das Volk.
2. Organisation des eidgenössischen Referendums.
3. Gesetzgebungsinitiative.
4. Verstaatlichung des Eisenbahnwesens; Aufstellung eines Amortisationsplanes für die Eisenbahnschulden.
5. Staatliche Unfall-, Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung.
6. Bundesbank mit Notenmonopol. Verbesserung der ländlichen Kreditverhältnisse in Verbindung mit den Kantonalbanken.
7. Zündholzmonopol.
8. Tabakmonopol.
9. Weitere Zentralisation auf dem Gebiete des Zivil- und Strafrechtes.
10. Eidgen. Stimmrechtsgesetz mit obligatorischer Stimmabgabe.
11. Ausbau des Art. 27 im Sinne der Förderung des Volksschulwesens durch den Bund. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel.
12. Schweizerisches Gewerbegesetz mit obligatorischen Lehrlingsprüfungen.
13. Ausbau des Fabrikgesetzes, Schutz der Arbeiterinnen, zehnjähriger Arbeitstag, weitere Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit.
14. Größere Bundesinterventionen für Güterzusammenlegung und Bodenverbesserung.

Ferner: Staatliches Getreidemonopol, Ausföhrung des Grundgesetzes des Rechtes auf Arbeit, allgemeine Rechtsbelehrung des Volkes, Schutz des Vertriebsrechtes, endliche Durchführung von Art. 89 der Militärorganisation, betreffend militärischen Vorterricht.

Die allermeisten dieser Forderungen stehen auch auf dem Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Schweiz. Der „Grillianer“ bemerkt dazu: „Programme sind Versprechungen; ob dieselben eingelöst werden oder nicht, das hängt von verschiedenen Umständen ab. Sie können auch den Zweck haben, denjenigen der fortgeschrittenen Par-

teien Konkurrenz zu machen. Dennoch begrüßen wir das neue Programm der Demokraten des Kantons Zürich aufrichtig. Dasselbe wird zweifellos energisch propagandiert werden und die Freisinnigen anderer Kantone aufrütteln. Die zielbewusste Arbeiterschaft wird zur Verwirklichung desselben Schulter an Schulter mit allen Gesinnungsgenossen, denen es mit dem Programme ernst ist, Anstrengungen machen, wenn sie auch dabei die Hauptsache, die Abschaffung des kapitalistischen Ausbeutungssystems, nicht aus dem Auge verlieren darf.“

Aus dem Obigen erhellt man, daß in der Schweiz die Demokratie doch etwas anderes ist, als unsere „freisinnigen“ und „volksparteilichen“ Demokraten, von denen uns so gut wie alles trennt. —

Frankreich.

Paris. Die Hege gegen Badlewski, welcher den Polizeispiegelgeneral Seloverstow getötet hat, wird noch eifrig fortbetrieben. Die hiesige „Justice“ schreibt, die Polizei habe in Amerika Spuren desselben entdeckt und zahlreiche Lichtbildnisse des Verbrechers zum Gebrauche der Polizei der Vereinigten Staaten hinübergeschickt.

Rußland.

Ein russischer Sarun al Raschid. Aus Moskau wird englischen Blättern berichtet: In der vergangenen Woche begab sich Großfürst Sergius, der Gouverneur von Moskau, als Muschik verkleidet, in einen Bäckerladen, um festzustellen, was Wahres an den Erzählungen von den Schwierigkeiten wäre, womit der Einkauf kleiner Quantitäten Brot z. B. in Rußland verbunden sei. Das falsche Bäckerlein fragt den Bäcker nach dem Preise eines Pfundes Brot und erhielt zur Antwort, es koste dreieinhalb Kopeken. Daraufhin verlangte der Bauer für drei Kopeken Brot, mit dem Bemerkten, mehr Geld habe er nicht. Der Bäcker weigerte sich, weniger als ein Pfund zu verkaufen, der Muschik bestand auf seinem guten Recht, so viel Brot zu kaufen, wie das von ihm gebotene Geld wert war. Der Bäcker wurde ungeduldig und forderte den vermeintlichen Landmann auf, den Laden zu verlassen. Dieser leistete keine Folge, der Bäcker rief die Polizei, die Polizei schnauzte den Bauern zunächst geizig an und warf ihn schließlich auf die Straße, um ihn dann draußen wegen Beleidigung zu verhaften und ein Protokoll aufzunehmen, das der Arrestant unterzeichnen mußte: er setzte seinen vollen Namen sammt dem Gouverneurstitel darunter, warf die Verkleidung ab und gab sich der ersuchten Menge und den bestürzten Polizisten zu erkennen. Am selbigen Abend begingen drei in die Affaire verwickelte Polizeibeamte Selbstmord, und die Schließung von vier Bäckerläden bildete den Beschluß des Vorfalls.

Kleine Chronik.

Die Entdeckung des Influenzabazillus ist, wie die „Post“ mittelt, bei Gelegenheit der diesmaligen Epidemie in Berlin fast gleichzeitig in zwei Instituten unabhängig von einander gemacht worden. Während im Koch'schen Institut das Bakterium von Stabsarzt Dr. Pfeiffer, wie von uns bereits gemeldet, gefunden worden ist, hat die gleiche Entdeckung im städtischen Krankenhaus Moabit ein Assistenzarzt gemacht. Ersterer hat im Auswurf, letzterer im Blute von Influenzkranken stetig wiederkehrend einen Mikroben gefunden, der dem gewöhnlichen Eitererregter (Streptococcus pyogenus) ähnlich ist, in Reinkultur gezüchtet und auch auf Tiere überimpft worden ist. Nähere Mitteilungen werden in den nächsten Tagen erfolgen. Uebrigens sind Keime bei der Influenza schon mehrfach gefunden worden; indessen hat bis jetzt noch bei keinem von ihnen seine Spezifität für diese Krankheit nachgewiesen werden können. Ob dies bei den jetzt entdeckten der Fall ist, bleibt abzuwarten.

Zum Mord in Köpenick. Berlin. Die Schütt hat ein umfassendes Geständnis abgelegt, daß sie sich in der Bismarck'schen Wohnung befunden und den Ruttko eingeladen habe. Sie giebt an, schon am 29. v. M. bei Bismarck genächtigt zu haben. Bei dieser Gelegenheit habe sie dessen Geld gesehen und ihre Wahrnehmung am nächsten Tage Ruttko mitgeteilt. Beide haben nun den Mord beschlossen, sind am 30. v. M., um 7 Uhr Abends, zu Bismarck gegangen und haben mit ihm gezecht, bis Ruttko gegen 10 Uhr sich entfernt habe, um anscheinend nach Hanse zu gehen. Sobald sie sich davon überzeugt habe, daß Bismarck schlafte, habe sie die Tür nach dem Korridor geöffnet und Ruttko eingelassen. Dann sei sie mit Ruttko zusammen an das Bett des Schlafenden getreten und Ruttko habe mit dem aus ihrer Wohnung mitgenommenen Beil nur einen Schlag auf den Kopf

Bismarck's geführt, welcher den Schädel zertrümmerte und den sofortigen Tod herbeiführte. Um halb 3 Uhr Nachts habe Ruttko dann Alles, was in ihrer Wohnung vorgefunden worden sei, in einen Sack gesteckt, worauf Beide über die sogenannte „lange Brücke“ in die Schütt'sche Wohnung sich begeben hätten. Unterwegs habe Ruttko das Beil auf eine Ablagestelle fortwerfen wollen, sei aber dabei hingefallen und habe nun das Mordwerkzeug bis auf die Mitte der Brücke mitgenommen, von wo er es in die Dahme geschleudert habe. Gleich nach der Tat sei ein Kopfstücken auf des Erschlagenen Haupt gelegt worden, um den schaurigen Anblick zu verdecken. Trotz dieser den Stempel der Wahrheit tragenden Aussage verharret Ruttko bis jetzt bei seinem Leugnen.

Leipzig. Ein die Sittlichkeitszustände der Großstadt grell beleuchtender Prozeß steht in Balde bevor. Auf der Anklagebank werden eine Mutter, welche ihre eigene Tochter prostituierte, und 28 Frauen wegen Kuppelerei erscheinen müssen.

München. Wieder einer. Ueber das Vermögen des Bankiers Eugen Pfeleiderer wurde auf Antrag eines Gläubigers Konkurs verhängt. Bei der im Geschäftsbureau vorgenommenen amtlichen Feststellung der Aktiva ergab sich, daß weder Effekten, noch sonstige Bestände vorhanden waren und nicht einmal die Einrichtung und der Kasseninhalt sein Eigentum waren. Ueber Schulden 90 000 Mk. Daraufhin ist die strafrechtliche Untersuchung wegen Unterschlagung eingeleitet worden. Pfeleiderer ist verduftet!

In Kiel ist den Besitzern von Regelbahnen durch die Polizeibehörde untersagt worden, künftighin schulpflichtige Kinder nach 9 Uhr Abends zum Aufsetzen der Regel zu benutzen. Das ist jedenfalls einmal eine Polizeiverfügung, welche man freudig begrüßen kann.

Das „Gebäd“ im Jahre 1786. Sowie in neuerer Zeit nach den Enthüllungen des Prozesses Manche Kommerzienräte gebaden wurden, so im Todesjahre Friedrichs des Großen Abtliche. Der neue König erhob 20 Abtliche in den Grafenstand und ein halbes Hundert Bürgerliche in den Adelsstand. Der alte Adel sah schmel auf die neuen Eindringlinge und nannte sie die „neugebadenen 86er“. Das Geschäft des Herrn Manche besorgte damals der Kammerdiener M. z. Friedrich von Köllner schrieb in seinen „Vertrauten Briefen“: „Der Durst des gemeinen Volk war der Grund, daß die Adelsbriefe so wolfeil verkauft wurden, da ihm ansehnliche Gebühren dafür zufließen. So mancher preussische Edelmann ist nicht vom König, sondern vom Kammerdiener geadelt.“ Im Uebrigen hat das „neue Gebäd“ sich nicht schlechter geführt, als das alte. So wurden der Kaufmann Jakobi und sein Bruder, der Legationsrat, geadelt. Letzterer, von Jakobi-Kloetz, brachte es zum preussischen Gesandten in London. Sein Sohn kaufte von den Berinczobres den großen Hohensinower Güterkomplex.

Ein weißer Hade. Der Patriarch von Venedig ist an der Influenza gestorben. Er lebte und starb in einem außers einfachen möblierten Stübchen und verzichtete alle leiblichen Genüsse. Er ließ in seinem weitläufigen Palaste weder heizen noch kochen, sondern begnügte sich damit, an der einfachen Tafel der Seminaristen teilzunehmen. Während der Cholera-Epidemie besuchte er die von der Seuche ergriffenen ärmsten Bewohner. Sein bedeutendes Einkommen verausgabte er gänzlich für die Armen. Er soll, wie man in klerikalen Kreisen wissen will, vom Papste besonders geliebt und zu dessen Nachfolger ausersehen gewesen sein. Agostini stammte aus einer bürgerlichen, aber begüterten trevisianischen Familie.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Januar 1892.

Deffentliche Volksversammlung. Sonntag den 10. d. M. Mittags 12—2 Uhr fand in der „Konfordia“ Margaretenstraße eine von über 600 Personen besuchte Volksversammlung statt. Genosse May eröffnete dieselbe um 12 1/2 Uhr. In das Bureau wurden gewählt: Hennis als 1. Vorsitzender, Burkert als 2. Vorsitzender und May als Schriftführer. Zu dem auf der Tagesordnung stehenden Referate erteilte der Vorsitzende dem Reichstagsabgeordneten Genossen Zuhauer das Wort. Derselbe gab zunächst seiner Freude über die Gelegenheit Ausdruck, vor Parteigenossen Breslaus im neuen Jahre sprechen zu können, beglückwünschte dieselben zum neuen Jahre und knüpfte daran die Hoffnung, daß die Partei noch mehr wie bisher an Ausdehnung und Verbreitung gewinnen möge. Nicht nur in Deutschland, sondern in allen Kulturstaaten hat die Sozialdemokratie in den letzten Jahren gewonnen; man brauche nur auf die glänzenden Wahlergebnisse hinzuweisen, die dafür Zeugnis ablegen, daß die Sozialde-

mokratie in Kreise eingedrungen ist, wo wir bisher sehr wenig erfolgreiche Resultate zu verzeichnen hatten und demzufolge die Sozialdemokratie die stärkste Partei in ganz Deutschland geworden ist trotz aller Unterdrückungen, Verfolgungen und Einkerkelungen durch das Sozialistengesetz. Als eine große Anerkennung der Stärke unserer Partei ist es zu betrachten, daß in einer der letzten Reichstagsitzungen der Reichstanzler v. Caprivi — jetzt Graf Caprivi — gesagt habe, die Regierung stelle sich heute bei jeder neuen Gesetzesvorlage die Frage: „Wie wird dieses Gesetz gegen die Sozialdemokratie wirken?“ Es ist dies eine Anerkennung, welche uns aus dem Munde seines Vorgängers nicht zu teil wurde. Früher behauptete man, es gäbe keine soziale Frage, dieselbe sei nur eine Erfindung, ein Hirngespinnst gewisser Agitatoren; heute haben sich die Zeiten geändert und nur durch unsere Agitation. Mit saurer Miene haben sich die gegnerischen Parteien im Reichstage daran gewöhnt, uns zu respektieren und uns als gleichberechtigte Kollegen anzusehen. Nicht erlebt man heute mehr das Schauspiel, daß die Ausführungen der sozialdemokratischen Abgeordneten mit Hohn und Spott überhäuft werden; in dieser Beziehung haben sie sich eben derselben Anerkennung zu erfreuen, Dank allerdings der unermüdblichen Agitation. Wir haben in Breslau bei der letzten Reichstagswahl gezeigt, daß die Sozialdemokratie dieser Stadt mit rastloser Tätigkeit den Zielen zuzustreben sucht, Sie haben dadurch bewiesen, daß Sie auf dem 1887 eingenommenen Standpunkte stehengeblieben sind. Trotzdem ist es Ihnen nicht gelungen, beide Wahlkreise trotz vergrößerter Stimmenzahl durchzubringen. Sie hatten den Wahlkreis, der Ihnen durch das Kartell der gegnerischen Parteien abgeschlossen war, erobert, dafür aber leider einen anderen verloren. Diejenigen, die diesen Wahlkreis erobert haben, können sich dieses Sieges gewiß nicht freuen, denn redlicher Weise brachten sie ihn nicht zu Stande. Die Freisinnigen haben hier, wo es galt, ein Mandat zu ergattern, mit Parteien sich verbunden, die sie vorher bekämpften. Es ist ein Pyrrhusieg gewesen und noch ein solcher Sieg und Breslau ist für die Freisinnigen verloren. Ich glaube, daß dies nicht mehr vorkommt, wenn Sie bei den nächsten Wahlen Ihre Schuldigkeit tun.

Sie haben im Jahre 1890 durch die Gründung eines täglich erscheinenden Presseorgans bewiesen, daß sie gewillt sind, durch die Presse noch mehr Agitation zu entfalten. Wenn Sie bis jetzt auch leider nicht den gehörigen Abonnentenstand aufzuweisen haben, so wird doch jeder Parteigenosse, der weiß, welchen Einfluß die Presse auszuüben im Stande ist, in Zukunft mehr als bisher dieses Presseorgan unterstützen.

Die Sozialdemokratie hat sich seitens der herrschenden Parteien im Reichstage jetzt einer größeren Anerkennung zu erfreuen. Wir haben ihnen gezeigt, daß durch die Diätenlosigkeit unsere parlamentarische Tätigkeit keinerlei Einschränkung erfahren hat, obgleich andererseits auch nicht verfehlt wurde, für eine Milderung hinsichtlich dessen einzutreten. Wir wollen, daß dem schlichtesten Arbeiter, wenn ihm durch Uebergabe eines Reichstagsmandats das Vertrauen seiner Genossen geschenkt wurde, auch die Möglichkeit an die Hand gegeben wird, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Im Laufe dieser Woche wird sich der Reichstag mit einem dahingehenden Antrag zu beschäftigen haben. Die Sozialdemokraten haben diesen Antrag nicht gestellt, obwohl sie ihn unterstützen werden; wir wollen uns dadurch nicht nachsagen lassen, daß es uns darum zu tun wäre, zuerst Diäten zu empfangen, die „freisinnige“ Partei hat diesen Antrag eingebracht. Ich zweifle nicht daran, daß der Reichstag diesem Antrag wie in früheren Jahren zustimmen wird, nicht so sicher ist jedoch die Behauptung aufzustellen, daß der Bundesrat diese Forderung zum Gesetz machen wird. Die Freisinnigen freilich hoffen das Gegenteil, gestützt auf den Personalwechsel im Bundesrat. — Wir werden es ja sehen!

Wir, die sozialdemokratische Fraktion werden auf jeden Fall in demselben Maße unsere Schuldigkeit tun, ohne Diäten aus Reichsmitteln zu erhalten. Man sagt, die Diätenfrage sei nicht so viel wert, als wie ihr von sozialdemokratischer und freisinniger Seite beigelegt wird; wenn man aber die Reichstagsitzungen der Session gesehen hat, kann man behaupten, daß 2/3 derselben nicht beschlußfähig gewesen sind. Wenn es uns eingefallen wäre, die Beschlußfähigkeit anzuzweifeln, hätten wir viel Gelegenheit gehabt. Eine der wichtigsten Abstimmungen der letzten Session war die über die Handelsverträge. Alles wurde zusammengetrommelt, der Telegraph spielte nach allen Richtungen, trotzdem haben bei der Abstimmung, an der die herrschenden Parteien das größte Interesse haben, über 100 Abgeordnete gefehlt, mit 243 gegen 48 wurden die Handelsverträge angenommen. Die Gegner der

Sozialdemokratie verabscheuen es bekanntlich nicht mit den schimpflichsten Mitteln bei der Bekämpfung derselben vorzugehen, selbst der Herr Minister Herrfurth hat erklärt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten die Vertreter derjenigen wären, die nicht arbeiten wollen (Aufe: Psui!) und von der Presse wurde es nachgebetet. „Teilererei“ wird uns vorgeworfen, wir sollen den Besitzenden die Möglichkeit rauben, existieren zu können; wenn man aber genau zusieht, so ist es anders. Heute versteht man meisterlich zu „teilen“; die den Vorwurf des Teilens vollends gegen uns richten, sie die nicht arbeiten wollen, heimsen gerade zudem noch den besten Teil ein!! Sie werden oft schon gesehen haben, daß es Leute giebt, deren ganze Tätigkeit darin besteht, wenn das halbe Jahr um ist, Koupons abzuschneiden. Wodurch sind die Aktiengesellschaften in der Lage, hohe Dividenden zahlen zu können? Würde man dem Arbeiter den Ertrag seiner Arbeit zukommen lassen, — denn heut' bekommt er ja nur „Lohn“ — dann gäbe es keinen Kuponabschneider, dann würde die Teilererei von heute nicht stattfinden. Es giebt überhaupt keine Schurkerei, welche man uns nicht vorwirft. „Wir wollen auch die Familie aufheben“, so ist ein anderer Vorwurf. Kann man aber das eine Familie nennen, wenn Mann und Frau in gemeinsamer Tätigkeit den Tag über fern von der Wohnung bis in die Nacht hinein verbringen, um nur das zum Leben Notwendigste herbeizuschaffen? Und kann dann zum Allermindesten der Vorwurf stichhaltig sein, daß die Arbeiterfrauen die Erziehung ihrer Kinder vernachlässigen? Und gerade ist es die Provinz Schlesien, welche sich darin auszeichnet, die Frau zu immer größerer Tätigkeit auf dem Felde der Arbeit heranzuziehen; wir wollen dies nicht und kämpfen deshalb gegen diese traurigen Zustände und werden nicht eher darin nachlassen, bis man auch in dieser Hinsicht unsere Forderung anerkannt hat. Bei meiner letzten Anwesenheit in Breslau hatte ich Ihnen vorgeführt, wie der Arbeiter, der nach besserer Lebensstellung trachtet, vom Unternehmertum behandelt wird und jetzt sehen wir es nur zu deutlich wieder bei dem Buchdruckerstreik. Was hat man auch hier an Verbädungen nicht alles vorgebracht, Kontraktbrüchigkeit und Anderes! In Breslau ist es leider dahin gekommen, daß der Streik beendet werden mußte, ohne daß die Forderungen bewilligt wurden. In Berlin, Hamburg, Leipzig u. s. w. bringt man Opfer auf, wie sie vielleicht noch nie aufgebracht wurden. Leute, die 40 und 45 Mk. pro Woche verdienen, haben in ihrem Opfermut sich dazu verstanden, alles was sie über 25 Mk. verdienen, in die Streikkasse abzugeben. Wenn in dieser Weise ausgehalten wird, dann muß der Steg in diesen Städten errungen werden. Die sozialdemokratische Partei achtet diese Forderungen um Verkürzung der Arbeitszeit höher, als die um Lohnerhöhung, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingen, daß in kurzen Zwischenräumen Krisen sich einstellen, welche die Arbeiter brotlos machen und eine Reduzierung der Löhne herbeiführen müssen. Die Verkürzung der Arbeitszeit hingegen wird man ihnen bei schlechter Konjunktur nicht so leicht rauben können und ich wünsche nur, daß die Opfer nicht vergeblich gebracht sein mögen. Keiner glänzenden Sieg nannte ich vorher den der freisinnigen Partei Breslau's, ja keinen ehrlichen. Der Freisinn hat gezeigt, daß er diesen Namen nicht verdient, er hat weder „frei“ noch „sinnig“ gehandelt. Für uns ist es ein Fingerzeig, daß wir bei den nächsten Wahlen darnach zu trachten haben, schon im ersten Wahlgange zu siegen. Das Wort Ferd. Lassalle's bewahrheitete sich: „Arbeiter! alle übrigen Parteien sind für Euch nur eine einzige reaktionäre Masse!“ Das Ergebnis der Stichwahlen war für die Sozialdemokraten stets von geringer Bedeutung, und ist es deshalb notwendig, es zu dem zu bringen, wohin es die Arbeiter in Berlin, Hamburg gebracht haben: ohne irgendwelche Verhandlungen und ohne Stichwahl Arbeitervertreter aus der Wahlurne hervorgehen zu lassen, nicht aber es darauf ankommen zu lassen, daß erst eine Stichwahl notwendig wird. Die sozialdemokratischen Forderungen, die in Versammlungen und im Reichstage gestellt werden, werden nicht mehr in dem Maße, wenigstens im Parlamente, als unannehmbar hingestellt, wie sonst. Wir haben die freundliche Genugthuung, im Laufe der Jahre zu erleben, daß das, was schon früher von uns gefordert wurde, daß diese unsere „Hirngespinnste“ man nachher zum Gesetz machte. Eine solche Forderung ist die Beaufichtigung der Instituts der Fabrikinspektoren, die Beaufsichtigung der Fabriken zum Schutze der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter. Die Kommunalverwaltungen machen es ebenso. Nicht zufrieden mit den Erfolgen bei den Reichstagswahlen, wollen wir auch hier den Versuch machen, und es ist uns auch gelungen, Vertreter in die Kommunalverwaltungen zu senden. Wir haben in Berlin

vor Kurzem im Anschluß an den unentgeltlichen Schulunterricht die unentgeltliche Lieferung auch der Schulbücher an die Gemeindeglieder verlangt. Diese Forderung, als unsinnig hingestellt, hatte doch zur Folge, daß sich die Gegner schämten, so ohne Weiteres „Nein“ zu sagen. Man fiel auf den Gedanken, wenigstens etwas zu bieten und bewilligte 40 000 Mark fürs laufende Jahr, um diejenigen Kindern, die bedürftig sind, mit Schulbüchern zu versehen. Ich freue mich, daß man sich auch hier mit der Frage beschäftigt, in das allzuwürdige Rathaus rote Sozialdemokraten hinzuschicken. Man wird anfangs die Köpfe schütteln, ebenso wie man sich in Berlin zuerst nicht daran gewöhnen konnte, denn es war so lange ein Vorrecht der besitzenden Klasse. Ich hoffe, daß Sie in diesem Jahre auf kommunalem Gebiete eine Feuerprobe bestehen werden, daß es Ihnen gelingen wird, eine Dresche in die alten Rathausmauern zu schleiken. — Alles macht jetzt in „Sozialreform“. Die Reichsregierung, Nationalliberale, Konservative, und — auch die „Zentrumsparthei“; sie ist auch allerdings darnach — nicht nach dem Geschmack der Arbeiter. Man braucht sich nur das „Alters- und Invaliditätsgesetz“ anzusehen. Bekanntlich hat eine schwache Mehrheit von 20 Stimmen dieses Gesetz zu Stande gebracht. Nachdem ein Jahr seit dem Inkrafttreten verstrichen war, sind jetzt selbst die eifrigsten Verfechter kleinlaut geworden. Das Gesetz, welches man als die „Kronung des sozialen Gebäudes“ betrachtete, hat bei den Arbeitern nicht die gehoffte Aufnahme gefunden. Wenn man bei der nächsten Reichstagswahl damit kommen wird, daß Sorge getragen wurde für den Arbeiter, daß er nach 70 Jahren eine Rente von 33 Pfennigen pro Tag erhält, dann wird man diejenigen Herren, die damit aufwarten, von Seiten der Arbeiter mit einer passenden Antwort abfertigen. Wir wollen überhaupt keine Geschenke, keine „Suppenanstalten“ und andere dergleichen Almosen, sondern wir wollen, daß jeder Arbeiter in den Stand gesetzt wird, sich selbst zu versorgen, um als Mensch leben zu können, dann verzichten wir auf alles Uebrige. (Bravo und Händeklatschen.) Man sagt, wir wollen die blutige Revolution und den Umsturz, doch es haben schon viele Versammlungen stattgefunden, haben Sie schon einen Redner gesehen gehört, der Sie aufgefordert hätte, gewaltsame Mittel anzuwenden? (Aufe: Niemals!) Haben Sie schon in unserer Presse etwas gelesen, daß wir zu Gewalttätigkeiten aufgereizt hätten? (Aufe: Nein!) Wol hat es Gegner gegeben, welche es gern gesehen hätten, wenn die Sozialdemokraten sich dazu hätten verleiten lassen, doch wir haben ihnen diesen Gefallen nicht getan, wir sind ruhig unsere Bänne gewandelt, obwohl es schwer hielt, uns dem Gesetz zu fügen, wir werden sie auch in Zukunft nicht dazu auffordern. Diejenigen, die uns den Boden abgraben wollen, säen nur dadurch das, was die Sozialdemokratie dereinst ernten wird. Es hört sich komisch an, wenn die Gegner, auch die frommen Ultramontanen, die Sozialdemokratie mit Stumpf und Stiel austrotten wollen. Aus den Reihen der letzteren tönt immer und immer wieder heraus: „Die Sozialdemokratie sei nur durch die Religion zu bekämpfen, (allgemeine Heiterkeit) dann würde erst, so sage man, dem Arbeiter ein besseres Dasein möglich sein.“ Wir sind demgegenüber etwas ungläubig und meinen, daß, wenn die Sozialdemokraten durch ihre bloße Existenz diese Leute schon in Schrecken versetzen, andererseits in kurzer Zeit Nennenswertes erreicht haben, sollte es doch einer Richtung, die schon nahezu 2000 Jahre existiert, schon längst möglich gewesen sein, etwas zur Besserstellung der Arbeiter zu erreichen. Zweitausend Jahre haben wir diese Religion und wir sind um Nichts weitergekommen. Wir haben als Sozialdemokraten jetzt gerade noch weit mehr die Pflicht, unsere Schuldigkeit zu tun, allen Schlandrian von uns zu weisen. Durch die Presse wollen wir agitieren; es ist ein großer Fehler derjenigen, die bei den Wahlen stets für uns stimmen, daß sie sich nicht abhalten lassen, auf die gegnerischen Zeitungen zu abonnieren. Wer erkannt hat, daß die Sozialdemokratie die Interessen des arbeitenden Volkes vertritt, der mußte es sich zur heiligen Pflicht machen, ein Arbeiterblatt zu lesen und darauf zu abonnieren. Wir wollen geloben, alle Persönlichkeiten bei Seite zu lassen, denken Sie daran, daß jeder Mensch nur Mensch ist, jeder Fehler hat. (Zwischenruf.) Ich nenne keine Person, mögen die Streitpunkte neu oder alt sein, suchen wir bei allem nur die Sache im Auge zu behalten und vergeuden wir unsere Kräfte nicht! Geben wir unseren Gegnern keine Freude, halten Sie an dem Banner der Sozialdemokratie fest, es wird Sie auch in Zukunft zum Siege führen! (Stürmischer Beifall.) Der Vorsitzende stellt alsdann den Vortrag zur Diskussion und forderte nach einem üblichen Brauch des Sozial-

demokraten speziell die Gegner auf, sich zum Wort zu melden und ihre Ansichten zu entwickeln. Dies geschah allerdings nicht. Da sich auch von Genossen Niemand an der Diskussion beteiligte, wurde unter „Verschiedenem“ von den Vorständen eine Resolution verlesen, die wünschte, das Abonnement von 25 Pfg. resp. das Mehr von 5 Pfg. für die Beilage dem Belieben des Abonnenten zu überlassen, so zwar, daß die „Volkswacht“ auch ohne die Beilage geliefert wird. Die Versammlung beauftragte nach Ausführungen verschiedener Redner das Bureau, diese Resolution der Pressekommision zu überweisen. In seinem Schlussworte, das Zugauer nach noch weiteren Ausführungen verschiedener Redner erteilt wurde, griff er auf die verschiedenen Anregungen der einzelnen Redner zurück und meinte, daß es in Breslau den Genossen an dem nötigen Opfermut nicht fehle und nur die verschiedenen Gelegenheiten von diesen auch wirklich ausgenutzt werden sollten, besonders in nächster Zeit die Gewerkschaftsgerichts- und Kommunalwahlen. Gerade bei diesen Gelegenheiten sollte man nicht verfehlen, Männer, die in politischer und sozialer Hinsicht bisher ihre Schuldigkeit getan haben, zu Vertretern in diese Einrichtungen zu wählen. Wenn es auch nicht gleich möglich sein wird, ist der Sieg uns einst auch dort sicher. (Bravo!) Mit dem Wunsche, daß die Ziele der Sozialdemokratie dereinst verwirklicht werden, schloß der Vorsitzende um 2 Uhr die Versammlung. Unter Hoch's auf Zugauer und unter Abhängen der Arbeiter-Marschallaise verließen die Anwesenden allmählig den Saal. N. O.

Preussische Lotterie. Die Ziehung der 1. Klasse 186. Königlich preussischer Klassen-Lotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 12. Januar 1892. früh 3 Uhr, ihren Anfang nehmen. Das Einzählen der sämtlichen 190 000 Loose-Nummern nebst den 8000 Gewinnen gedachter 1. Klasse wird schon am 11. d. M., Nachmittags 2 Uhr, durch die Königl. Ziehungs-Kommissionen im Beisein der dazu besonders aufgeführten Lotterie-Einnahmer, öffentlich im Ziehungs-saale des Lotteriegebäudes zu Berlin stattfinden.

Öffentliche Steinmehren-Versammlung. Am Donnerstag, den 7. d. Mts., tagte eine sehr gut besuchte öffentliche Steinmehren-Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Gewerkschafts-Kongress in Halberstadt. 2. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung nahm Kollege Vogt das Wort und machte bekannt, welchen Zweck dieser Kongress habe, wies nach, wie wichtig es sei, eine Zentralisation sämtlicher Gewerkschaften Deutschlands herbeizuführen, und sprach über den Organisationsplan der General-Kommission, wobei er am Schlusse seiner Ausführungen die Breslauer Steinmehren ersuchte, ihre Zustimmung zur Beschickung des Kongresses zu geben, was auch geschah. Kollege Häbenett ist ebenfalls für eine straffe Organisation, nur ist er gegen eine Erhöhung der zu leistenden Beiträge. — Bei Punkt Verschiedenes wurden auf Antrag der Delegierten 3 Mark fürs Gewerkschaftsstatut aus dem General-Fonds bewilligt. Es wurde beschlossen, die noch ausstehenden Buchdrucker weiter zu unterstützen und den General-Fonds nicht zu vergrößen. Der Statistiker ersucht um recht gewissenhafte Ausfüllung der Lohnkarten. Es wurde ferner auf die Gewerkschaftswahlen aufmerksam gemacht, und am Schlusse der Versammlung wurden die Kollegen aufgefordert, fest an der Organisation zu halten, damit, wenn eine passende Zeit kommt, wir auch gerüstet sind. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Der Einzelne wird stets erliegen
Und fruchtlos kämpfend untergehn.
Jedoch wir alle müssen siegen,
Wenn wir nur fest zusammenstehn!

H.

Geisensamer wurde ein vielfach bestraffter Mensch, Wilhelm R. wegen bedeutender Diebstähle.

Selbstmord. Ein cand. med. von hier trank am 8. d. M. eine Sublimatlösung und ist am 9. d. M., früh 4 1/2 Uhr, den Folgen der Vergiftung erlegen. Der junge Mann stand vor dem Staatsexamen.

Verurteilt wird der 19 Jahre alte Arbeiter August Schampera. Derselbe hatte sich am 5. d. M. nach Rosenthal begeben, um daselbst Waren abzuliefern. Er hat die Waren an ihren Bestimmungsort abgegeben, ist aber bis jetzt noch nicht zurückgekehrt. Er ist groß, hager, hat dunkelblondes Haar, trägt braune Hose, braunrothirtes Jaquet und grauen Filzhut.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 8. d. M. 33 Personen eingeliefert. — Abhanden kamen: Einer Kellnerin auf der Dönhofsstraße ein goldener Ring; einem Kaufmann aus Keinert, ein Ueberzieher; einem Condukteur auf der kurze Gasse ein modischer Winterüberzieher; einem Kutscher auf der kurze Gasse eine Pferdebede. — Gefunden wurden: Ein

Wince-veg; eine Brosche; zwei goldene Ringe; ein Regen-schirm; ein Pelztragen; ein Ueberzieher; ein Muff; ein Spazierstock und eine Militärdienstauszeichnung 2. Klasse.

Breslauer Marktpreise vom 9. Januar per 100 Kilogr.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen, weißer . . .	28,40	28,10	27,30	27,80	26,40	19,40
Weizen, gelber . . .	28,80	28,--	27,30	27,80	26,40	19,40
Roggen	28,50	28,10	27,40	27,10	26,10	20,90
Gerste	18,10	17,40	16,40	15,90	14,90	14,60
Hajer	15,60	15,--	14,70	14,20	13,70	13,20
Erdien	21,--	20,80	19,50	19,--	18,--	17,--

Heu (neues) 2,60—2,80 Mk. pro 50 Kilogramm.
Roggenstroh 25,00—28,00 Mk. pro 500 Kilogramm.

Gerihtliches.

Breslau, 8. Januar. Ein in Liegnitz wohnender Kräutereibesitzer hatte einen dortigen Gärtner gebeten, ihm Gartenarbeiter zu verschaffen. Der Gärtner führte ihm mehrere Arbeiterinnen zu und arbeitete auch selbst mit. Der Kräutereibesitzer zahlte ihm regelmäßig den Lohn für die von der gesamten Arbeiterschaft geleistete Arbeit. Der Gärtner verteilte die Summe so, daß jede der Arbeiterinnen und auch er einen gleich hohen Betrag erhielt, und im Einverständnis mit den Arbeiterinnen zog er denselben vom Wochenlohn die gesamten Krankenkassenbeiträge ab und zahlte sie an die Ortskrankenkasse. Er wurde wegen Vergehens gegen das Krankenkassengesetz vom 15. Juni 1883 unter Anklage gestellt, weil er hier Arbeitgeber gewesen sei und als solcher den andern Arbeiterinnen nur zwei Drittel der Krankenkassenbeiträge abziehen und ein Drittel selbst hätte zahlen sollen. Sowol das Schöffengericht als auch das Landgericht sprachen indes den Angeklagten frei, weil nicht dieser, sondern der Kräutereibesitzer der Arbeitgeber gewesen sei und die Krankenkassenbeiträge zu einem Drittel hätte bezahlen müssen; die Vermittlung der Lohnauszahlung mache den Angeklagten nicht zum Arbeitgeber. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Revision ein, die heute vor dem Strafsenat des königlichen Oberlandesgerichts verhandelt wurde. Die Staatsanwaltschaft rügte die Verkennung des Rechtsbegriffs „Arbeitgeber“ im Sinne des Gesetzes; der Angeklagte sei nicht Arbeitsvermittler, sondern Betriebsunternehmer gewesen, und die Arbeiterinnen hätten zu ihm in direktem Lohn- bzw. Arbeitsverhältnis gestanden. Der Verteidiger erwiderte, daß als Arbeitgeber doch nur derjenige betrachtet werden könne, der den Auftrag zur Arbeit gebe und die Arbeit bezahle. Der Vorarbeiter bei der Eisenbahn z. B. sei auch kein Arbeitgeber, obwohl er eine gewisse dominierende Stellung einnehme. Der Angeklagte habe die Leute nicht beschäftigt, sondern sie mit ihnen zusammen beschäftigt worden. — Der Senat verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft, indem er annahm, daß der Berufsrichter sich bezüglich des Rechtsbegriffs „Arbeitgeber“ nach Maßgabe des Gesetzes eines Rechtsirrtums nicht schuldig gemacht habe.

Schlesien.

Grünberg, Reservearmee. Vorige Woche wurden hier zum Aufbauen der Jahrmärktebuden zirka 10—15 Arbeiter gesucht. Trotzdem dies bei der jetzigen Witterung keine angenehme und vor allen Dingen keine leichte Arbeit ist, meldeten sich an dem betreffenden Tage nicht weniger als 50 Mann. Trotzdem haben wir nach dem hiesigen „Tageblatt“ gesunde Arbeiterverhältnisse. — Am 4. ds. wurde unser neuer Bürgermeister, Herr Dr. Westphal, in sein Amt eingeführt. Er verfügte, sein Amt unparteiisch zu verwalten. Öffentlich verkündet er darunter etwas anderes, als sein Vorgänger. Selbsterklärend ging die Geschichte nicht ohne Schmaulerei ab. Das Konvert kostete nur 2 Mark, ohne die verschiedenen Flaschen Wein. Natürlich wurde dabei ungemein viel auf Bürgerfönn, Bürgerwol und dergleichen herrliche Dinge getoastet; an die große Masse der Arbeiter, welche doch auch Steuern zahlen müssen, dachte Niemand. Uebrigens ist es recht bezeichnend, daß die große wie die kleine Bourgeoisie keinen wichtigen Anlaß ohne Schmaulerei, um keinen fröhlichen Ausdruck zu gebrauchen, vorüber gehen lassen kann. So haben wir jetzt auch hier Landratswechsel, bei welchem Anlaß ebenfalls eine Tafel, das Gebed zu 3 Mark, stattfand. Nun wollte es der Zufall, daß gerade unter dem dieses anzeigenden Injunkt ein anderes stand, in welchem die Eröffnung einer öffentlichen Suppenküche bekannt gemacht wurde. Dort erhält man für 10 Pfg. einen Suppe und für 5 Pfg. Sonntag und Mittwoch eine Fleischportion — 2—3 Mark für ein Mittagessen und hier für 10 Pfg. Betteluppe, das paßt zusammen, wie die

Faust aufs Auge! Aber wie gesagt, wir haben hier gesunde Arbeiterverhältnisse. Notstand giebt's nicht! Emilie.

Sagan, 9. Januar. Abgehigt. Man erzählt folgende amüsante Geschichte: In ein Restaurant einer Nachbarstadt tritt der dem Wirte wohlbekannte Brauereibesitzer K. aus demselben Orte, nimmt am Tische Platz und bestellt Bier. Kaum aber hat er das ihm gereichte, gefüllte Glas zum Munde geführt, als er es auch dröhnend wieder auf den Tisch setzt mit den an den Restaurateur gerichteten, wenig schmeichelhaften Worten: „Solch Geseß trink ich nicht!“ Den Wirt aber bringt das Kompliment nicht aus der Fassung; ein ironisches Lächeln überzieht sein Gesicht, als er dem Gaste trocken erwidert: „Das Bier ist aus Ihrer Brauerei!“ Nach dieser Bierprobe muß ich allerdings auf ein ferneres Geseß mit Ihnen verzichten! Tableau!

Bunzlau, 9. Januar. Zum Großfeuer. Ueber das bereits gemeldete Brandunglück in Rückenwalde teilt man noch Folgendes mit: Das Feuer brach am 6. d. M., früh gegen 9 Uhr, in dem Bestium des Stellensetzers Wildner aus. Bei dem gerade herankommenden Südweststurm wurden in kurzer Zeit noch vier weitere (nicht fünf, wie ursprünglich berichtet) benachbarte Besitzungen vom Feuer erfaßt und eingeseuert. Wäre der Wind ganz aus Westen gekommen, so wäre eine verreckliche Katastrophe für unseren Ort unausbleiblich gewesen. Menschen und Vieh sind bei dem Brande nicht verunglückt. Von Mobiliar konnte fast gar nichts gerettet werden. Gebäude und Mobiliar (nur ein Besig r hatte lediglih das Mobiliar versichert) sind, wenn auch niedrig, versichert. Man vermutet, daß aus dem Schornsteine einer vorüberfahrenden Lokomotive Funken auf das Dach der ersterwähnten Besigung geschleudert worden.

Freiburg, 8. Januar. Glück bei allem Unglück erfuhr gestern der Kohlenfuhrmann Schwabler aus Salzbrunn. Derselbe brachte dem Waldwärter Müßig in Bolsnis eine Fuhr Kohlen. Als er von der Straße nach dem Hofe einbiegen wollte, wurde das Pferd durch einen heftigen Windstoß plötzlich etwas zurückgedrängt, wodurch der Wagen zum Rutschen kam. Unausgesprochen rutschte dieser nun weiter und stürzte über die hier meterhohe senkrechte Böschung in den Bolsnischbach hinab, das Pferd mit sich reißend. Sch. sprang nach und befreite das Pferd, welches nach kurzer Zeit aufsprang und davonlief. Es hat nur an den Knien und an einem Ohre geringen Schaden gelitten. Auch ist dem Fuhrmann beim Sprunge nicht weiter passiert. Der Wagen ist allerdings arg beschädigt, und von der Böschung sind ein Baum und verschiedene Steine weggerissen worden.

Granschwitz, 8. Januar. Eine nette Uhr. Einer merkwürdigen Turmuhr erfreut sich unser Ort. Wer etwa mit der Regulierung seiner Zeit auf sie angewiesen ist, erfährt täglich besondere Lieberratsungen. Vor allen Dingen „bescheidigt“ sie sich eines eifrigen Fortschritts. Sie ist immer ihrer Zeit vor. Nur bleibt selbst der, welcher mit dieser ihrer Eigenart vertraut ist, stets im Ungewissen, um wieviel Minuten später er seine zu einem bestimmten Zeitpunkt beginnenden Verrichtungen vornehmen muß. Es können zehn Minuten, es kann auch eine halbe Stunde und mehr sein — in diesem Punkte ist die Turmuhr von einer bedauerlichen Inkonsistenz. Auswärtige, die nach hier zur Wahrnehmung von Terminen kommen, Kirchgänger u. s. w., langen daher immer zu spät an. Weiter hegt aber unsere Turmuhr auch noch eine besondere Vorliebe für das Stunden schlagen insbesondere, als sie der rechnungsmäßigen Zeit gern noch einige Glodenschläge gratis hinzufügt. Wir Bewohner finden es seit langem schon selbstverständlich, daß sie fünf, sechsmal mehr schlägt, als sie es nötig hätte. Bis zu zwanzig Gloden schlägen hintereinander — das ist durchaus keine Seltenheit. So sehr wir Granschwitzer Bewohner nun aber auch selbst dem Fortschritt hulbig sind, wünschen wir doch nicht, daß unsere Turmuhr es übertreibt, sondern wir halten es für dienlicher, daß sie stets nur mit der Zeit geht.

Laubeshut, 7. Januar. Gelddiebstahl in Leppersdorf. Selbstmord. Bei einem in der Nacht zum Sonntag in der Dornischen Mühle in Leppersdorf verübten großen Gelddiebstahle sind nach einer Bekanntmachung der Staatsanwaltschaft verwendet worden: 1460 Mark preussische Kassenanweisungen und zwar 14 Stück zu je 100 Mark, eine zu 50 Mark und 2 zu 5 Mark, ferner 300 Mark bairische und bayerische Kassenanweisungen zu je 100 Mark, ein Wechsel über 38,45 Mark und 196 Mark 75 Pf. in Gold, Silber, Kupfer und Kuponen. Das Papiergeld befand sich in einer roten vierteiligen Ledertasche. Der Tatverdächtig sind drei Männer, anscheinend aus Böhmen stammend, wenigstens haben sie am Tatort sechs Flaschen Balsam und sechs Flaschen Ragenessenz zurückgelassen, welche laut Etiquette in Apotheken in Braunau in Böhmen gekauft sind. Der Verdächtige, Mühlenbesitzer Dorn, hat auf die Ermittlung der Diebe eine Belohnung von 200 Mark ausgesetzt. — Am 6. d. Mts. früh erschob sich in der Oberkuche des Gärtnerhauses in Pfaffendorf die Frau des dortigen Hofgärtners mit einem Revolver; die Kugel drang in die rechte Schläfegegend. Die Frau, Anfang der 30er Jahre, litt längere Zeit an Schwermut.

Görlitz. Im nahegelegenen Dominium Schönbrunn sind die Zustände der Leibeigenschaft, wie der „Violetarier“ schreibt, noch in schönster Blüte. Wurde da kürzlich ein Junge von 14 Jahren in ärgerlicher Weise mißhandelt, nur weil er den Wusch außerte, in die Kirche zu gehen. Eltern, die für ihn sorgen, beist der Knabe nicht, seine rechte Mutter ist fogar tot. Andere Leute nahmen sich des Kindes an und behandelten es in guter Weise. Der Junge hatte sich eine verhältnismäßig gute Schulbildung angeeignet. Also der Junge süßte eines Tages das Bedürfnis, in die Kirche zu gehen. Dies wurde ihm verweigert, da er aufräumen sollte. Der Knabe hat darum, in die Kirche gehen zu dürfen, indes der Inspektor schlug ihn dergestalt ins Gesicht, daß es viel wurde und er noch „blaue Augen“ bekam. Ein Anderer will auch zur Kirche gehen, der Inspektor geht auf diesen los, derselbe läuft aber fort. Ein zum Besuch kommender Mann meint, das wäre eine „schöne“ Wirtschafft. Schreiber dieses war am nächsten Sonntag da und beschwerte sich über die Behandlung des Knaben, der Verwalter und Inspektor entgegneten, der Junge hätte den Hofraum räumen sollen, er hätte widersprochen und da wären ihm ein Paar runter gehauen worden. — Es entspiant sich dann noch ein längeres Gespräch über das, was

die Sozialdemokratie will. Schließlich wird dem Beschwerbeführer der Hof verboten. Wahrscheinlich aus Angst...

Mittwoch, 6. Januar. Heute Vormittag 9 Uhr brach in dem Wohnhause der Witfrau...

Reiße, 7. Januar. Gestern Abend hatte sich auf der Zollstraße ein Konfessionarium, bestehend aus einem Klempner...

Katibor. Kein Notstand. Der Landrat des Kreises Katibor hat zur Bekämpfung eines etwaigen Notstandes...

Myslowitz. Der schlafende Bergmann. Am 14. September 1891 wurde in das Knappschafts-Lazarett in Myslowitz...

Neustadt O. Mordversuch gegen einen Briefträger. Vorgestern wurde der Landbriefträger Buff aus Neustadt...

Posen.

Posen, 6. Januar. Trichinose. Wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung in Ausübung seines Berufes hatte sich heute der Fleischbeschauer...

Zamotzlaw. Wintergewitter. Am 3ten d. M. zog ein heftiges Gewitter auf. Ein orkanartiger Sturm erhob sich...

Zu den Gewerbegerichtswahlen!

Trotz wiederholter und dringender Aufforderungen an alle Gewerkschaften, zu den Gewerbegerichtswahlen Stellung zu nehmen...

Wir ersuchen daher alle diejenigen Gewerkschaften, welche bei der bevorstehenden Wahl berücksichtigt werden wollen...

Mittwoch den 13. d. M., Mittags 12 Uhr, an die untenstehende Adresse unbedingt einzufenden.

Spätere Meldungen können unter keinen Umständen berücksichtigt werden!

Im Auftrage der Kommission: Dskar Schütz, Nachbstraße 4, I.

Standesamtliche Nachrichten.

Dom 9. Januar. Heirats-Ankündigungen. I. Arbeiter Ferdinand Striegel, ev., Königgräferstr. 17, und Anna Rohaupt, kath., baselst.

Graf, ev., hier. — III. Ausreicher Erwin Neubert, kath., mit Pauline Leopold, kath., hier. — Schloffer Paul Thomas, ev., mit Maria Kuga, ev., hier.

Bereins-Kalender.

Breslau. Montag mit Ausnahme des Montags nach dem 15 jeden Monats, Abends 8 Uhr: Vereinsversammlung im Restaurant Fabel...

Briefkasten.

Briefkasten für den lokalen Teil.

Smilke, Grünberg. Natürlich haben wir die Freantwortet. Der betreffende Arzt ist jedenfalls Vertrauensarzt der Anstalt...

Jeder Genosse,

der es "Volkswacht" ernst meint und die Fähigkeit dazu besitzt, muß ein eifriger Mitarbeiter werden!

Nachruf.
 Am 9. d. Mts. starb nach kurzen, schweren Leiden, in Folge einer Operation, unser Genosse und Mitglied, der
Tischler Georg Görlich,
 im Alter von 19 Jahren. Wir ersuchen die Mitglieder der Gesangsabteilung des Sozialdemokratischen Arbeiter-Vereins, bei der Beerdigung unseres Genossen und Sangesbruders zahlreich zu erscheinen.
 Breslau, den 10. Januar 1892. I. A.: Herrmann Berner.

Sozialdem. Lese- u. Diskutir-Club „Gleichheit“
 Dienstag, den 12. Januar, Abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Gasthof „zum Zebra“ (Parkstr.), Vorwerkstraße 47.
Tages-Ordnung.
 1. Vorlesung aus „der 8 stündige Arbeitstag“ von A. Rautsky.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Der Vorstand.

Lese- und Diskutir-Club „Freiheit“.
 Vereinsabend jeden Dienstag Abend 8 Uhr in Herrn Kulm's Lokal, Ludwigstrasse 3, „zum Rosenhain“.
 Den 12. d. M. ist folgende Tagesordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Die Mitglieder werden ersucht, zu dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen.
 Der Vorstand.
 Gäste willkommen. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Tapetiererei!
 Dienstag, den 12. Januar, Abends 8 Uhr
Öffentliche Versammlung
 in Zabels Restaurant, Kleine Grosseingasse 15.
Tagesordnung:
 1. Vortrag über die Gewerbe-Schlichtererei.
 2. Aufforderung der Kandidaten.
 3. Entscheidung zum Gewerkschaftskomitee.
 4. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.
 Der Hinberufener.

Gesangs-Abteilung des Soz. Demok. Arbeiter-Vereins.
 Die Mitglieder werden ersucht, Mittwoch den 13. Januar Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal Neumarkt No. 8 zu erscheinen.
 Mitwirkung der noch ausstehenden Programme und der Vereinslieder.
 Der Vorstand.

Achtung!
Verein Gewerkschafts-Kartell für Breslau und Umgegend.
Mitglieder-Versammlung
 findet Donnerstag, 14. Januar, Abends 8 Uhr, in der Brauerei des Herrn Edlich, Neumarkt 8, „zu den 3 Tauben“, bestimmt statt.
Tages-Ordnung:
 1. Satzung und Aufgabe des Kartells. Referent: Kollege Genzig. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Arac, Rum und Cognac
 selbst importiert, in allen Preislagen, en gros & en détail.
F. Pausche:
 Demars-, Fergander-, Jäger-Wein u. Feinsch, Süßwässer u. Cognac
8. Original- und Tafel-Liqueure:
 Annaberg'ser Klosterbitter, Mandarinen-Singer, Kachob, Benedictiner, Chartreuse, Kaka, Curacao,
 Alter Frenlezer Korn mit Wein abgezogen
 1890er Johannisbrotwein, selbst geküchelt, ohne jeden Spiritus,
 köstlich, süßlich, erfrischend, gesund, eignet sich vorzüglich zu Selters,
 1a. Pfirsich-, Himbeer-, Johannisbrot-, Kirsch- und Citronen-Wein,
 Sekt, Sekt-Sprit, u. Frucht- und Weinlauge.
 F. Pausche'sch empfiehlt

Hermann Seidel,
 Verkaufsstellen: Ring 27 im Lustpark im Haus Nr. 10
 im Comptoir im Hofe.
F. J. Wiedersich,
 Bäcker, Schreinerstraße 41
 offeriert:
 4 Stück Roggenbrot 62 Pfennig.
 4 Stück Haubadenbrot 59 Pfennig.
 5 Commisbrot à Stück 28 Pfennig. u.
 alle Feinbrot, Schrippen, Kuchenwaren.
 Alle Lieferungen werden vergeben und dem Publikum bekannt gemacht.

Su beziehen durch die Exped. d. Bl.:
Weltkämpfung und Weltuntergang
 auf Grund der Naturwissenschaften populär dargestellt v. Oswald Kühler.
 Das neueste Entgegenkommen, welches das von der Kritik durchaus günstig beurteilte Buch gefunden hat, veranlaßt den Herrn Verfasser, den Text der zweiten Auflage wesentlich zu vermehren und ihn zu berichtigen, wo es nach dem heutigen Stande der Wissenschaft notwendig geworden ist. Ferner sind zum besseren Verständnis weitere Illustrationen eingefügt und endlich zwei Stereotypen dem Werke beigegeben worden.
 Ohne Uebersetzung darf gesagt werden, daß die „Weltkämpfung“ u. heute zu den besten populären Lehrbüchern über die Entstehung des Himmels und der Erde zählt. — u. u. u. Billigkeit des Preises dürfte es von keinem andern erreicht werden.
 Die „Weltkämpfung“ u. ist eine notwendige Ergänzung von Dummell's „Geschichte der Erde“.
 Um vielfach geäußerten Wünschen nachzukommen, ist auch die „Weltkämpfung“ u. in der allgemein beliebten Festsamgabe à 82 Seiten à 20 Pf. erschienen. Das ganze Werk liegt in 15 Lieferungen komplett vor.
 Broschüre liefert jeder Kolporteur.

Mittmäßer.
 Der Gehalt der Weinmutter verweigert den Säuregehalt sein Sauer, trotzdem sehr viele Arbeiter bei dem Ansehen der Weinmutter und dem Dörbortel. Sie werdet nun die Weinmutter beordnen und von selber wissen, was ihr zu tun hab! Ihr wollen bei Herrn mit unserem Belande und unterer Rumbacht nicht mehr befehlen! Die Arbeiter keine pflicht! Um Kaufe dieses Monats hält der hiesige Arbeiterverein ein Festessen ab. Willens kommen schon sehr bei Bismarckmader Köchlich, Kochschische 6, parterre, 6. Saffallener.

Rohtabake!
 in besten, gut brennenden Qualitäten zu billigsten Preisen empfiehlt
Johannes Kubis, Sauerstr. 1.

B. Pawllok, Lederhandlung.
 1. Geschäft Sternstraße 58, 1. Etage. — 2. Geschäft Sabowstraße 25. vis-a-vis dem Panke'schen Geschäft.
 empfiehlt sein großes Lager von Ia Sohlen- und Oberleder, sowie Stiefel, und Samaschensäfte zu den billigsten Preisen.

Arbeiter! Genossen!
Auf Theilzahlung
 gebe Schlaagregulator, sowie Herren- und Damen-Memontoiruhren für 26 Mark (gewöhnlicher Preis in anderen Geschäften 38 Mark) unter zweijähriger schriftlicher Garantie.
Gold- und Silberfahen, Möbel aller Art, Herren-Garderobe sehr billig.
Karl Michalke,
Althäuserstraße 39, parterre.
 NB. Bestellungen bitte mir brieflich zu übersenden, da ich den Tag über stets geschäftlich von zu Hause abwesend bin.

Erscheint täglich außer Montags.
Central-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Vormwärts
Berliner Volksblatt.
 Man abonniert für
3,30 Mk. pr. Quartal bei jeder Postanstalt.
 Nr. 6652 der Postzeitungs-Preisliste für 1892.
 Expedition, Berlin SW., Benth-Strasse 3.

Towarzysze!
 Polecamy Wam goraco do zaprenumerowania pismo
GAZETA ROBOTNICZA
 Organ Socjalistow Polskich
 tygodnik i jedyne socjalistyczne pismo polskie w Niemieckiem państwie.
 Kwartalnie kosztuje „Gazeta Robotnicza“ na wszystkich pocztach **90 fenygów**
 Pod opaską osobna kwartalnie 1,80 R. u roznoszcieli gazet w Berlinie 90 fenygów. Najlepiej zapisywać „Gazetę Robotniczą“ przez pocztę, gdzie w Katalogu pocztowym jest zapisana pod: „2. Abthellung zur Zeitungs-Preisliste für 1892 unter s. poinlach No. 27.“
 Adres: Redakcyja i Administracyja „Gazety Robotniczej“
 Berlin SW., Benthstrasse 2, IV, w podwórzu.

Den Parteigenossen empfehlen wir zur Anschaffung unsere
Neue Gesamt-Ausgabe:
Ferd. Lassalle's Reden und Schriften
 in 40—50 Hefen à 3 Bogen zum Preise von 20 Pfg. pro Heft.
 Herausgegeben
 im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
 von Eduard Bernstein, London.
 Verlag des „Vormwärts“ Berliner Volksblatt in Berlin SW.